Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Harausgeber: Sozialdemekratische Bortei der Sebweiz

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 5

Artikel: Die Genfer Eingemeindung

Autor: Nicole, Léon

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329434

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Genfer Eingemeindung.

Von Léon Nicole, Genf.

Das städtische Gemeinwesen Genf setzt sich zusammen aus 4 großen Gemeinden mit — in einer runden Zahl ausgedrückt — zusammen 120,000 Einwohnern, aus der eigentlichen Stadt Genf mit 55,000, Plainpalais mit 30,000, Les Eaux-Vives mit 20,000 und Petit-

Saconner mit 15,000 Einwohnern.

Um diese rein städtische Ansiedlung gruppieren sich eine bestimmte Zahl Vororte, deren Vewohner faktisch Städter mit denselben Interessen wie die eigentlichen Stadtgenfer sind. Da ist vor allem Carouge, die alte, kleine Stadt an der Arve, dann Lancy, Chêne-Vourg und Chêne-Vougeries, endlich ein Teil der Gemeinde Vernier, unter dem Namen La Châtelaine bekannt.

Außer diesen 4 ausschließlich städtischen Gemeinden sowie den 5 Vororten umfaßt der Ranton Genf noch 39 ländliche Gemeinden, mit Ausnahme von Versoix, dem kleinen Industrieort, 10 Kilometer

von Genf an der Linie Genf-Lausanne gelegen.

Das Vorausgeschickte soll beweisen, daß das Problem der politischen Verwaltung, wie es in Genf besteht, nicht dasselbe ist — trosdem unserer Meinung nach zu Unrecht es oft behauptet wurde — wie in Vaselstadt, wo es so gelöst worden ist, daß durch die tatsächlich vollzogene Konzentration die ganze städtische Verwaltung in die Hände der Regierung gelangte.

Der Kanton Genf besteht gegenwärtig aus 48 selbständigen Gemeindewesen. Was versteht man unter administrativer Reform und Konzentration großstädtischer Gemeindewesen?

Der Gedanke der administrativen Reform ist die Folge der finanziell unhaltbaren Lage, in welcher sich augenblicklich der Kanton Genf befindet. Dieselbe wird Gegenstand eines besondern Artikels

sein, weshalb wir hier nur kurz daran erinnern.

Politiker verschiedener Parteien haben sich dahin geäußert, daß etwas nicht in Ordnung in der öffentlichen Verwaltung Genfs sein müsse. Sie ist sehr kostspielig infolge der Lleberorganisation und des allzu großen und verwickelten Veamtenkörpers in Gemeinden und Staat.

* *

Als man an das Problem heran trat, gelangte man zu der Ueberzeugung, daß die Reform, um wirksam zu sein, in zwei Richtungen sich bewegen sollte: 1. Neue Rompetenzbereinigungen zwischen Staat und Gemeinden; 2. Ronzentration der städtischen Verwaltung Großgenfs, d. h. der 4 städtischen Gemeinden mit Plainpalais, Eaux-Vives und Petit-Saconnex.

Seit Jahren bilden diese beiden wichtigen Fragen einen wesentlichen Bestandteil des sozialistischen Programms. Sie kämpfen bis heute gegen die Trägheit der bürgerlichen Parteien. Ronservative,

Radikale und Jungradikale haben sich immer verzweifelt an das jest überlebte System angeklammert, weil es ihnen erlaubte, Caux-Vives ausschließlich konservativ zu verwalten, in Plainpalais eine radikale, eine jungradikale Verwaltung (Wuillemin) in Petit-Saconner und in der Stadt eine bald konservative, bald radikale Verwaltung durchzuführen. Der sozialistische Vorstoß seit den letten Erneuerungen der städtischen Behörden hat einen fühlbaren Umschwung der Unsichten der bürgerlichen Politiker gebracht. Die Sozialisten drangen sehr tief in die Gemeindeverwaltungen ein, sowohl in Plainpalais als in der Stadt und sogar im bisher stockkonservativen Saconner. Seither (seit 1922) sprach man ernstlich von der Eingemeindung der 4 Gemeinden. Die Sozialisten änderten selbstverständlich ihre diesbezügliche Ansicht nicht, weil sie einen so bemerkenswerten Erfolg in 3 der 4 städtischen Gemeinden erreicht hatten. Im Gegenteil, in ihrer Presse sowohl als auch in den Räten verfochten sie stärker denn je die Notwendigkeit der Fusionierung der Gemeinden und der daraus folgenden ernst= lichen Verbesserungen innerhalb der verwaltungstechnischen Dekonomie.

Der Sturz der konservativen Regierung im Serbst 1924 führte im Staatsrat zu einer Roalition von 3 Radikalen, 2 Sozialisten und

2 Konservativen.

Seit dem Regierungsantritt versprach die neue Behörde die Verwirklichung der administrativen Reform und die Vereinigung der

selbständigen städtischen Gemeinden.

Ein Projekt, das den oben angeführten Grundsäßen Rechnung trug, wurde durch eine großrätliche Rommission aufgestellt. Nach diesem Projekt übernähme der Staat zu seinen Lasten alles, was die Polizei, die Schulen und die öffentlichen Arbeiten anbetrisst, und zwar für die Gesamtheit der 48 Gemeinden des Rantons. Die industriellen Betriebe sowie die Versorgung der Stadt mit Wasser, Gas und Elektrizität, die Reinigung und Veleuchtung der Straßen, der Unterhalt der Anlagen, Gärten, Museen und Sammlungen, das Vestattungs-wesen, Theater, Ronzerte, die Schlachthäuser, die Feuerwehr usw. würden den Gemeinden verbleiben.

Die neue Rompetenzbereinigung zwischen Staat und Gemeinden scheint eine vollständige Lösung dieses Problems zu bringen, da die Rompetenzstreitigkeiten, unter denen wir heute leiden, nur in Fragen des öffentlichen Unterrichts, der Polizeigewalt und der öffentlichen Urbeiten sich ergaben. Die Vereinigung der 4 Gemeinden sollte sich in der Weise vollziehen, daß die eigentliche Stadt vergrößert und unter die Rontrolle einer einzigen städtischen Vehörde gestellt wird.

Das sind die ersten Schlüsse, zu denen die Rommission des Großen Rates gelangt ist. Diese entsprachen den bestehenden Tatsachen und waren logisch gegeben. Eine weniger verzweigte, rationellere und folglich ökonomischere Verwaltung wäre damit möglich. Experten haben die jährliche Ersparnis auf Fr. 1,700,000 geschätt, wozu wir allerdings noch ein Fragezeichen hinzuseten möchten. Wenn es auch klar ist, daß auf der einen Seite rein administrative Ersparnisse möglich sind, so werden doch andererseits hauptsächlich auf dem Gebiet des

Wohnungsbaues neue zu lösende Aufgaben durch die vergrößerte Stadt sich ergeben. Wir heben hervor, daß die großrätliche Rommission mehrheitlich zu den eben genannten Schlüssen gelangt ist. Aber im letzen Augenblick befürchteten die bürgerlichen politischen Parteien den Einfluß der Sozialisten im neuen, solchermaßen zusammengesetzen Genf. Sie brachten daher eine Vorlage, gegen welche die Sozialdemostratische Partei energisch zuerst im Großen Rat und dann bei der am 4. und 5. Dezember erfolgten Abstimmung Front machte.

Dies die Ideen der bürgerlichen Führer: Eine vergrößerte Stadt, gebildet durch die Gemeinden Genf, Plainpalais, Eaux-Vives und Petit-Saconnex würde sehr schnell, entsprechend dem Fortschritt des Sozialismus in Genf, zum städtischen Gemeindewesen unter der haupt-sächlichsten Rontrolle, ja Leitung der Sozialisten. Wir Vürgerlichen müssen also diese Gefahr abwehren, welche zu Streitigkeiten zwischen der von den Landgemeinden unterstüßten bürgerlichen Rantonsregierung und der sozialistischen Stadt führen würden. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist es notwendig, die Gemeindeverwaltung in die Sände der Rantonsregierung zu legen. So lautet die Meinung der bürgerlichen Führer. Und so wurde das Projekt ausgearbeitet, welches dann am 4. und 5. Dezember am Willen des Volkes, und zwar mit 11,500 gegen 12,000 Stimmen, scheiterte.

Dieses Projekt läßt sich in ein paar Worte zusammenfassen: Es würde die Gemeindeautonomie in 44 vorskädtischen und ländlichen Gemeinden erhalten, aus politischen Gründen aber die Stadtverwaltung in die Sände der Kantonsregierung legen.

Wir haben nicht ohne Grund dieses Projekt als ein Mussolinisches qualifiziert. Es muß gesagt sein, daß dessen Saupturheber Serr Regierungsrat Turrettini ist, welcher in seinem Organ "La Suisse" keineswegs seine Bewunderung für das, was in Italien vorgeht, verbirat.

Der Rampf der Sozialisten gegen dieses Projekt war sehr lebhaft, zuerst im Großen Rat, dann vor dem Volk. Man muß übrigens anerkennen, daß die Sozialisten in dieser Angelegenheit von Männern aller Parteien unterstüßt wurden, welche nicht zugeben mochten, daß Genf unter diese demütigende Vormundschaft des Staates gestellt würde. Fügen wir bei, daß die gegenwärtige Regierung, deren sinanzielle Sorgen sehr groß sind, auf einen Schlag zwei Fliegen zu fangen gedachte: Indem sie die vergrößerte Stadt, deren Vesitz reichlich ihre Passiven auswiegt, und deren Finanzen im gesunden Gleichgewicht sind, unter ihre Vormundschaft stellt, dachte sie, den Staatskredit zu heben, dessen Verbesserung der Egoismus der besitzenden Rlassen bisher verhinderte.

Die Sozialdemokratische Partei hat dank ihrer Geschlossenheit einmal mehr die bürgerliche Mehrheit der Kantonsregierung geschlagen. Es ist selbstwerständlich, daß unsere beiden Kameraden, die Regierungs-räte Oltramare und Jaquet, sich in dieser Angelegenheit an die Spise der sozialistischen Opposition gestellt haben. Wir wiederholen neuerbings, daß die Sozialdemokratische Partei schon im September die

bürgerlichen verbündeten Parteien in einer fiskalischen Frage vollsständig schlug. Was sollen wir jest tun? Die Sozialdemokratische Partei ehrt den Volksentscheid, der sich am 5. Dezember gegen eine Unterstellung der vergrößerten Stadt unter Vormundschaft, aber für eine neue Abgrenzung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinde und für Eingemeindung der 4 Gemeindeverwaltungen, der Stadt, Plainpalais, Eaux-Vives und Petit-Saconnex ausgesprochen hat: Ein autonomes Großgenf.

In diesem Sinn wurde eine Initiative von den Sozialisten lanciert und wir zählen darauf, rasch zum Ziel und zum Sieg zu gelangen. Auf diese Weise wird sich die administrative Resorm und die Eingemeindung in Genf verwirklichen, gemäß den Grundsäßen, welche die

Genfer sozialdemokratische Partei schon seit Jahren versicht.

Englische Politik in China.

Von Ernst Reinhard.

Mehr als ein Jahrhundert lang hat der englische Rapitalismus in China den westeuropäischen überhaupt dargestellt. Portugiesen, Spanier und Holländer sind vor den Engländern in China gewesen und haben dort die Sandelsbeziehungen aufgenommen; die europäischen Kirchen haben in China ihre Niederlassungen gehabt und versuchten, den chinesischen Geist in einen westlichen umzuwandeln. Die Vortugiesen und Spanier wichen der nationalen Opposition; die Holländer konnten sich unter die chinesischen Gesetze geduckt halten; die christlichen Kirchen haben vom Gebäude der chinesischen Volksgemeinschaft nur Splitter abgetrennt. Von bestimmendem Einfluß ist nur England gewesen, dessen Expansion von seinem jungen Rapitalismus getragen wurde. Seit die Engländer sich nach der Gesandtschaft des Lord Macartnen in Ranton einnisteten, haben sie sich nie mit der Rolle des Geduldeten begnügt, sondern versucht, in ständiger Offensive das Land sich zu unterwerfen. Ein Jahrhundert lang hat der englische Kapitalismus die Rolle des Angreifers gespielt. In seinen Stapfen gingen die Franzosen, und nicht zulett die Deutschen und die Japaner; seinet= wegen erfolgte die russische Oftasienpolitik, die für das heutige Asien die Krätte der Abwehr gegen den englischen Kapitalismus mehr ungewollt als gewollt großgezogen hat. Solange England in der Offensive war, solange sein Rapitalismus seine industrielle und militärische Vormachtstellung ausnüßen konnte, ist es nie vor einer Vergewaltigung der chinesischen Nation zurückgeschreckt. Die Greuelfrieden von Nanking und die Saten, die zu ihnen führten, die Beschießung von Kanton, Ning-Po, die Verwüstung von Peking, der Raub Hongkongs und Weihaiweis, das alles geht auf Englands Rechnung. Nirgends wird der Wandel der Zeit deutlicher, als wenn man erwägt, wie sehr England heute die Offensive aus der Sand gewunden ist, und wie entschieden es sich in eine ganz hoffnungslose Defensive gedrängt sieht.